

# Umweltzone Ruhrgebiet

Im Einzelkampf gegen das Staub- und Abgasproblem sind die Städte bislang gescheitert. Eine Studie empfiehlt die schmerzhafteste Lösung: flächendeckende Fahrverbote für alte Autos

Von Jürgen Polzin

**Essen.** Die Umwelt- und Verkehrsprobleme im Ruhrgebiet zwingen die Revierstädte zum gemeinsamen Handeln: Eine Studie des Regionalverbands Ruhrgebiet (RVR) schlägt vor, das Ruhrgebiet komplett als Umweltzone auszuweisen. Dies sei die effektivste Maßnahme, um Feinstäube und Stickoxide in Autoabgasen zu bekämpfen.

Die Studie, die vom Deutschen Institut für Urbanistik begleitet und am Mittwoch in Eckpunkten in Essen vorgestellt wurde, empfiehlt strenge Auflagen für den Verkehr, insbesondere Fahrverbote für alte Fahrzeuge mit hohem Schadstoffausstoß. Danach müssten 15 bis 20 Prozent der Autos im Ruhrgebiet stehen bleiben, heißt es in ersten Planungen. Betroffen wären vor allem Dieselfahrzeuge mit der Abgasnorm Euro 2 und schlechter sowie Benziner ohne Katalysator. Auch leichten Nutzfahrzeugen im Fuhrpark mit-felständischer Unternehmen drohen Einschränkungen. Es soll jedoch Übergangsfristen und Ausnahmen geben. Autobahnen sind ausgenommen.

Nach Berechnung des Landesumweltamtes (LUA) würde eine Umweltzone Ruhrgebiet dem größten Ballungsraum in Europa wirkungsvoller als bislang helfen, die EU-Grenzwerte für Staub und Stickoxid einzuhalten. „Die Zahl der Überschreitungstage könnte so um zehn Tage reduziert werden, mit weiteren Maßnahmen sogar um 20 Tage“, sagte LUA-Experte Egon Falkenberg. „Jedes Mikrogramm Staub, das wir einsparen, verlängert das Leben der betroffenen Menschen.“

Die Entscheidung, ob sich die Ruhrgebietsstädte zur umfassenden Lösung entschließen oder eigene Maßnahmen vor Ort treffen, soll in den kommenden Monaten gefunden werden. Der RVR will im Frühjahr mit einer großangelegten Informationskampagne für Akzeptanz im Revier werben. Experten schätzen, dass eine Umweltzone Ruhrgebiet frühestens ab 2008 kommt.

Kommentar/Tagesthema Seite 2

Umweltzone Ruhrgebiet

## Keine Konserve

Von Jürgen Polzin

Die Städte im Ruhrgebiet können nun selbst entscheiden, ob sie im Umwelt- und Gesundheitsschutz den kurzen oder langen Weg nehmen wollen. In wenigen Jahren werden die EU-Grenzwerte für Staub und Stickoxide noch einmal verschärft. Dabei läuft das Revier schon jetzt in beiden Kategorien dem Erlaubten hinterher. Seit nunmehr fast zwei Jahren sind die Städte in die Lösung eines Problems vertieft, das für den einen oder anderen vielleicht vom Himmel fiel, das sicherlich aber nicht an Stadtgrenzen halt macht.

Staub und Stickoxide in Autoabgasen schädigen die Gesundheit der Menschen, die entlang der A 40, der Gladbecker Straße oder anderen Lebensadern des Reviers wohnen.

Diese Menschen zu schützen, rechtfertigt Einschränkungen an anderer Stelle. Gesundheitsschutz muss das oberste Gebot sein.

Eine Umweltzone Ruhrgebiet bedeutet Auflagen, nicht aber, ein Konservenglas über das Revier zu stülpen. Im Gegenteil: Die Kunde, dass Europas größter Ballungsraum zugleich modern und lebenswert ist, wäre die beste PR, die es gibt.

WAZ, 23. November 2006